

# Recht auf Zukunftschancen

Die SPD veranstaltet gegenwärtig auf allen Ebenen eine Jugendinitiative, die zum einen die Aufgabe hat, die sozialdemokratische Politik im Interesse von Jugendlichen weiter zu entwickeln. Zum anderen will die Jugendinitiative zur Modernisierung der Parteiarbeit einen großen Teil beitragen.

Wir Jusos haben uns - von der AG vor Ort bis zum Bundesverband - intensiv an der Jugendinitiative beteiligt, und wir werden dies auch weiterhin tun. Wir haben neue Aktionsformen entwickelt und Vorschläge für eine sozialdemokratische Bildungs- und Jugendpolitik der Zukunft formuliert.

Ein Beitrag des Juso-Bundesverbandes im Rahmen der Jugendinitiative war die „Projektgruppe Zukunftschancen“. Die Projektgruppe hat sich in ihrer Arbeit vor allem auf die Themenfelder

- Arbeit - Leben - Sozialstaat
- Bildung in der Informationsgesellschaft
- Berufsorientierung und Jugendarbeitslosigkeit

konzentriert. Zu allen drei Themenfeldern wurden Hearings mit WissenschaftlerInnen und PolitikerInnen durchgeführt.

Der vorliegende Antrag enthält die im Rahmen der Arbeit der Projektgruppe „Zukunftschancen“ des Juso-Bundesverbandes vorgenommenen Einschätzungen und vordringlichen Reformprojekte für die nächsten Jahre.

## I. Jugend im „flexiblen Kapitalismus“

Die prägende Erfahrung unserer Generation ist die „passive Revolution“, das Ende des guten alten „Modell Deutschland“. Es ist die Dynamik des Kapitalismus selbst, die alte Strukturen und Gewissheiten auflöst. Nicht alles ist neu, manches vermeintlich Neue ist Ausdruck von schnell wieder erledigten Modewellen und gelegentlich auch von absichtlicher ideologischer Verschleierung der Realität.

Dennoch wissen wir, dass neue Zeiten angebrochen sind, dass der Kapitalismus sein Gesicht verändert hat und dass es keinen Weg zurück in alte Zeiten geben kann. Ob wir es new economy, Informationsgesellschaft, Postfordismus, Zweite Moderne oder sonstwie nennen: Jugendliche und junge Erwachsene wachsen heute in einen Kapitalismus hinein, in dem viele Gewissheiten der "stabilen Vergangenheit" nicht mehr gelten.

Damit ist Politik aber nicht in Sachzwängen gefangen. Im Gegenteil: Politik muss diesen Neuen Zeiten eine Richtung verleihen. Die Herausforderung besteht mittelfristig darin, unter den veränderten Bedingungen eines flexiblen Kapitalismus neue Formen politischer Gestaltung und die Erneuerung des Wohlfahrtsstaates durchzusetzen. Wir wollen erstens gleiche Zugänge zu gesellschaftlichen Ressourcen v.a. in den Bereichen Arbeit, Bildung und soziale Dienstleistungen ermöglichen. Wir wollen zweitens den wissenschaftlichen und technischen Fortschritt befördern und in den Dienst der Gesellschaft bzw. eines ökologisch verträglichen Wachstums stellen.

Wir sind Zeugen und Akteure einer informationstechnischen Revolution. Damit verbunden ist der Übergang zu einer Produktions- und Konsumptionsweise, in der die Bedeutung und Verarbeitung von Informationen bzw. Wissen eine gegenüber der Industriegesellschaft neue Qualität erlangen. Moderne Informations- und Kommunikationstechniken dringen in alle gesellschaftlichen Bereiche. Sie verändern die Formen des wirtschaftlichen Austausches und bestehende Wertschöpfungsbeziehungen. Sie haben erhebliche Auswirkungen auf die gesellschaftliche Arbeitsteilung und die Freizeitgestaltung. Nicht zuletzt verändern sie auch die Formen der Kommunikation und der politischen Willensbildung. Diese Revolution hat einen erheblichen Produktivitätsschub und eine Beschleunigung von Innovationen zur Folge. Die Verfügung über Wissen gewinnt gegenüber dem Besitz von Kapital, Rohstoffen oder Boden an Bedeutung. An die

Stelle der "alten" Schlüsselindustrien der Nachkriegszeit treten neue Wachstumsbereiche wie die Informations- und Kommunikationstechnologie, die Biotechnologie oder auch regenerative Energietechniken. Sie bilden die Basis für steigende Produktivität und einen Ausbau von neuen Dienstleistungen - von Informationsdiensten bis hin zu sozialen und ökologischen Diensten.

### **Strukturwandel der Arbeit**

Im Zuge dieser Entwicklung erleben wir einen Strukturwandel der Erwerbsarbeit, der oft als "Erosion des Normalarbeitsverhältnisses" umschrieben wird. In der Tat nimmt der Anteil unbefristeter, abhängiger Vollzeitbeschäftigungen mit geregelter Arbeitszeit zugunsten atypischer Beschäftigungsformen ab. Neben der von der liberal-konservativen Politik betriebenen Deregulierung des Arbeitsmarktes ist diese Entwicklung in hohem Maße auf den steigenden Erwerbswunsch von Frauen und die deutliche Zunahme von Teilzeitarbeit zurückzuführen. Allerdings ist die Aussagekraft einer bloßen Betrachtung des "Normalarbeitsverhältnisses" begrenzt, da die eigentliche Dynamik der qualitativen Veränderung von Arbeit kaum erfasst werden kann. So werden maßgebliche Formen der Flexibilisierung bzw. Entgrenzung der Erwerbsarbeit ausblendet. Hierzu gehören v.a.:

- die Flexibilisierung von Arbeitszeiten,
- die räumliche Flexibilisierung (Zunahme von (Tele-)Heimarbeit o.ä.),
- die berufsfachliche Flexibilisierung durch neue Produktionskonzepte (Gruppenarbeit o.ä.),
- die Flexibilisierung von Entlohnungsformen (Gewinnbeteiligung o.ä.),
- die Zunahme von Übergängen zwischen unterschiedlichen Formen der Erwerbs- und der Nichterwerbsarbeit.

Diese Flexibilisierungstendenzen hängen eng zusammen mit der Auflösung des großindustriell geprägten Produktionsmodells der Nachkriegsjahrzehnte. Die wachsende Bedeutung von Kundennähe und projektförmigem Arbeiten führen zu einer Zunahme des Typus vom "Intrapreneur", d.h. des lohnabhängig beschäftigten aber gleichzeitig in hohem Maße eigenverantwortlich und selbstorganisiert tätigen Arbeitnehmers. Diese Tendenz vollzieht sich auf der oberen und mittleren Unternehmensebene, aber sickert in wachsendem Maße nach unten durch.

Der Wandel hin zur flexiblen Arbeitsgesellschaft vollzieht sich beschleunigt über den Generationenwechsel. Die junge Generation ist konfrontiert mit flexiblen Formen der Erwerbsarbeit, aber sie prägt diese auch mit. Während 8% aller Erwerbstätigen in befristeten Vollzeitbeschäftigungsverhältnissen arbeiten, liegt der Anteil bei den 20-35jährigen Erwerbstätigen bei über 13%. Bei den Teilzeit-Beschäftigungsverhältnissen zeigt sich ein leicht höherer Anteil bei den jungen männlichen Erwerbstätigen und ein - lebenslagebedingter - deutlich geringer Anteil bei den jungen Frauen gegenüber allen weiblichen Erwerbstätigen.

Der Anteil der Selbstständigen an den jungen Erwerbstätigen steigt. Gerade die "neue Selbstständigkeit" ist eine Entwicklung, die von der jüngeren Generation getragen wird. 41,4% der Einpersonen-Selbstständigen sind unter 40 Jahren. Betrachtet man nur die Wirtschaftsbereiche der unternehmensbezogenen und privaten Dienstleistungen, so liegt der Anteil der unter 40jährigen sogar bei 51%. Die Motive für die Wahl selbstständiger Erwerbsformen sind vielfältig und basieren nicht immer auf Freiwilligkeit. Jedoch sind das Bedürfnis nach Unabhängigkeit, räumlicher und zeitlicher Flexibilität, selbstbestimmten Arbeiten, mehr Eigenverantwortung, freier Zeiteinteilung, einer besseren Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Freizeit sowie die Hoffnung auf bessere Verdienstmöglichkeiten entscheidende Beweggründe dafür, dass immer mehr junge Erwerbstätige ihr "eigener Chef" sein wollen.

## **II. Eine doppelt gespaltene Generation**

Die junge Generation ist Gegenstand der öffentlichen Diskussion. An Etikettierungen der "Generation @" herrscht kein Mangel. Zweifellos prägt die passive Revolution des "flexiblen

Kapitalismus" unsere Generation. Unsere Generation ist es auch, die neue Antworten auf die Herausforderungen der Neuen Zeiten finden muss.

Dabei sehen wir den Neuen Zeiten mit Optimismus entgegen. Sie beinhalten eine Menge Potenziale für technische Innovationen, mehr qualifizierte Arbeit, die Gleichstellung der Geschlechter und selbstbestimmte Lebensführung. Die Voraussetzung für die Fortsetzung einer sozialen und demokratischen Politik ist gesellschaftlicher Zusammenhalt. Diesen sehen wir jedoch gerade mit Blick auf die junge Generation gefährdet. Sie ist doppelt gespalten:

*Soziokulturelle Spaltungen* zeichnen sich zwischen den VertreterInnen des kulturellen Leittypus der „Neuen Selbstständigen“ und "ArbeitskraftunternehmerInnen" und VerliererInnen der Modernisierungsentwicklung ab. So kommt es zu der Situation, dass viele junge Menschen diesem Leittypus „nacheifern“, gleichzeitig jedoch von den Begebenheiten eines flexiblen Kapitalismus dahingehend „eingeholt“ werden, dass sich der Wunsch nach den Vorteilen flexibler, selbstbestimmter und autonomer Lebensführung mit den staatlichen Institutionen auf der einen Seite und den Realitäten in den der neuen Arbeitswelt auf der anderen Seite bricht. Neue Armutslinien zeichnen sich bei denjenigen Jugendlichen ab, wo neben materieller Armut auch das kulturelle Kapital verknappt ist, so dass die Schere zwischen Anspruch und Wirklichkeit selbstbestimmter Lebensführung auseinanderklafft.

Es entstehen neue Widersprüche zwischen den Erwerbstätigen, die in der Lage sind, die Anforderungen des flexiblen Kapitalismus zu bewältigen, und solchen, die dazu nicht willens oder in der Lage sind. Somit birgt umfassende Flexibilisierung und Entgrenzung der Erwerbsarbeit für die heute in die Erwerbsarbeit drängende Generation neben Risiken auch Chancen einer selbstbestimmten Lebensführung: Erstens beinhaltet die Anforderung, sich selbst um die eigene "Beschäftigungsfähigkeit" bemühen zu müssen, den Verlust von Sicherheiten und führt zu neuen Belastungen. Das Prinzip, lebenslang lernen zu müssen und häufiger als früher Jobwechsel hinzunehmen, ist vor allem dann eine hohe Belastung, wenn jeder Erwerbstätige auf sich allein gestellt ist. Zweitens hat der zunehmend ganzheitliche Zugriff auf die menschliche Arbeitskraft eine Auflösung der bisherigen Grenzen zwischen "Arbeit" und "Leben" zur Folge. Zum einen dringt die Arbeit auch in die Sphäre der "Freizeit" ein: Die Zeit außerhalb der Erwerbsarbeit wird (durch Heimarbeit, Weiterbildung, Aufbau von sozialen Kontakten etc.) genutzt, um die eigene Beschäftigungsfähigkeit zu reproduzieren. Zum anderen führen die zeitlichen und räumlichen Flexibilisierungserfordernisse zu neuen Belastungen für das Privat- und Familienleben.

Nach wie vor kommen viele Jugendliche und junge Erwachsene früh mit Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit in Berührung. Viele Jugendliche, erfahren die Realität im flexiblen Kapitalismus in erster Linie als Bedrohung. Der kürzlich erschienene Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung hat erneut deutlich werden lassen, dass sich der Unterschied zwischen Reichen und Armen in der Bundesrepublik in den letzten Jahren noch weiter verstärkt hat. Insbesondere für junge Menschen ist diese Schließung des Sozialen Raums eine große Gefahr, da sich die Auswirkungen von Armut in die zukünftige Lebensphasen einschreiben und sich damit Armutsrisiken reproduzieren.

Insgesamt bezogen Ende 1998 1,1 Millionen Jugendliche unter 18 Jahren laufende Hilfe zum Lebensunterhalt. Das entspricht einem Anteil in ihrer Bevölkerungsgruppe von 6,8 %. Im Vergleich zu einer Sozialhilfequote in Gesamtdeutschland von 3,5 % ist die Quote unter jungen Menschen damit fast doppelt so hoch. Diese Kinderarmut ist ein drängendes Problem. Benachteiligungen bei Erwerbs- und Einkommenschancen führen zu gesellschaftlicher Marginalisierung. Oftmals ist sie Resultat einer Vererbung von Armut über Generationen hinweg. Die Armut bei alleinerziehenden jungen Müttern und deren Kindern weist auf erhebliche Defizite in der Familienpolitik und der sozialen Infrastruktur hin.

Die Einkommensmobilität hat in den letzten zehn Jahren stagniert und war in den neuen Ländern sogar rückläufig. Vererbung von sozialer Ungleichheit führt sich also weiter fort. Jugendliche, die von dieser Situation betroffen sind, sind nur zu einem geringen Teil auf die Anforderungen des derzeitigen Bildungssystems und des Arbeitsmarktes vorbereitet. Hier muss im Rahmen von

Eingliederungshilfen teilweise praktisch „bei null“, was die Förderung der „Beschäftigungsfähigkeit“ betrifft, begonnen werden.

Im Bildungssystem bestimmen Herkunft, Bildungsstand und berufliche Stellung der Eltern den Zugang zu höheren Bildungsabschlüssen. So haben die noch Ende 2000 unvermittelten Ausbildungsplatzbewerber (14.000) zu 50% einen Hauptschulabschluss oder gar keinen Schulabschluss vorzuweisen. 12% der 20-29jährigen bleiben sogar ohne jede abgeschlossene Berufsausbildung, was zur Folge hat, dass sowohl ihr Einkommen äußerst niedrig ausfällt bzw. die Vermittlung in den Arbeitsmarkt hinein mit großen Schwierigkeiten behaftet ist.

Auf der anderen Seite nimmt der gesellschaftliche Reichtum weiter zu. Der Reichtum wird in Deutschland immer ungleicher verteilt. So besitzen ein Zehntel der westdeutschen Haushalte 42 % des gesamten Privatvermögens während 50 % der Bundesbürger lediglich mit 4,5 % des Privatvermögens auskommen muss. Pro Jahr werden 400 Mrd. DM von einer Generation an die nächste weitergeben. Auch über diesen massiven Transfer von „leistungslosem Vermögen“ vererben sich ungleiche Chancen in hohem Maße.

Teil der sozialen und kulturellen Spaltung ist auch die so genannte „digital divide“ - die digitale Spaltung der Gesellschaft. Die informationstechnische Revolution ist Teil der Lebensrealität unserer Generation. Die Ausstattung mit PC und Internetzugang spiegelt die „klassischen“ Spaltungslinien zwischen arm und reich, Mann und Frau, hohes und geringes Bildungsniveau, Stadt und Land - aber auch alt und jung wieder.

Der Einfluss unterschiedlicher Bildungsniveaus auf PC und Internet-Nutzung ist markant: Während rund zwei Fünftel der Personen über 16 Jahre mit Fachoberschulabschluss bzw. Abitur einen PC wenigstens einmal in der Woche nutzen, sinkt der Anteil bei Personen mit Realschulabschluss auf 23 % und bei Personen mit Hauptschulabschluss sogar auf nur 10 %. Dies äußert sich nicht nur bei der Nutzung im Beruf sondern insbesondere in der Freizeit. Offensichtlich gibt es einen Zusammenhang zwischen Einkommen und Bildungsniveau sowie der Nutzung von PC und Internet.

Alte geschlechtsspezifische Unterschiede zeigen sich dort, wo die zahlenmäßige PC und Internet-Nutzung qualitativ untersucht wird. Berufe, in denen informationstechnische Grundlagen bearbeitet werden (also die Berufe der Computertechniker und Informatiker) werden von Männern dominiert, während Frauen eher in den verwaltenden Berufen im Büro tätig sind. Diese qualitative Differenzierung scheint sich derzeit eher zu verstärken denn abzubauen.

*Regionale* Spaltungen erleben wir gegenwärtig insbesondere zwischen den Jugendlichen in Ost- und Westdeutschland. Ihre unterschiedlichen Erfahrungshorizonte sind Ausdruck einer unterschiedlichen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung in beiden Regionen. So sind die Unternehmen der Informationstechnik fast ausschließlich im Westen anzutreffen. Es ist dazu gekommen, dass eine gesellschaftliche – wenn auch regional stark differenzierte - Spaltung entstanden ist, die den Jugendlichen im Osten Zukunftschancen vorenthält. Die Perspektive einer Ausbildung oder Beschäftigung, die ihren Anforderungen an Erwerbsarbeit entspricht, existiert für viele nicht. Diese regionale Differenzierung ist dadurch gekennzeichnet, dass in einigen wenigen Regionen ansatzweise prosperierende Zentren entstehen, während in weiten Teilen Ostdeutschlands die Verarmung der Regionen zu einer Benachteiligungsspirale für die Bevölkerung wird.

Dadurch dass viele Jugendliche im Osten Deutschlands keine Perspektive auf einen Arbeitsplatz erhalten, sind sie zu umfangreicher Mobilität gezwungen. Insbesondere die jungen Menschen mit höheren Bildungsabschlüssen nehmen Umzüge und weite Pendlersituationen in Kauf, um eine Erwerbschance zu bekommen. Das führt mittlerweile dazu, dass in einigen Teilen der Regionen eine zunehmende Dequalifizierung und Überalterung der Bevölkerung festzustellen ist, die zu einem Innovations- und Wachstumshemmnis für die regionale Wirtschaftslandschaft wird.

In den Krisenregionen steigt der Anteil der Jugendlichen, die sich in Qualifizierungsmaßnahmen befinden. Der Anteil der Jugendlichen, die über einen betrieblichen Arbeitsplatz verfügen, sinkt

jedoch weiter. So ist in weiten Teilen Ostdeutschlands die Jugendarbeitslosigkeit mit 166.000 Jugendlichen unter 25 ohne Arbeitsplatz anhaltend hoch. Gleichzeitig suchen nach wie vor 120.000 Jugendliche einen Ausbildungsplatz. Auch die Qualität der angebotenen Plätze ist weitenteils ungenügend. Darüberhinaus werden aufgrund der mangelnden IUK-Unternehmen in Osten kaum sogenannte „zukunftsweisende“ Berufsausbildungen angeboten. Diese Missslage führt dazu, dass Jugendliche weiterhin in eher weniger prosperierenden Berufszweigen (z.B. Bauwirtschaft) ausgebildet werden, so dass bereits in der Ausbildung die Gefahr vor Arbeitslosigkeit reell wird. Stete Phasen von Erwerbslosigkeit in Verbindung mit unzureichender Berufsausbildung führt zur Dequalifizierung von Jugendlichen.

Hier muss eine fortschrittliche Wirtschafts- und Sozialpolitik offen sein für die Ansprüche Jugendlicher an individuelle Lebensläufe und Erwerbswünsche. Der sich abzeichnende Fachkräftemangel in den IT-Unternehmen im Westen und das brachliegende Potential der jungen Generation im Osten Deutschlands sind ein „Innovationsbündnis“ zu integrieren. Grundlage dafür ist eine qualitativ hochwertige Ausbildung junger Menschen in neuen Berufen. Somit wird ermöglicht, dass das demografiebedingte Nachfragewachstum an Arbeitskräften, welches in Zukunft immer eklatanter wird, durch engagierte junge Fachkräfte aus den östlichen Regionen kompensiert werden kann. Die Einbindung der jungen Generation in Ostdeutschland wird damit nicht nur zu einer arbeitsmarktpolitischen Notwendigkeit sondern auch zu einer Frage der politischen Hegemonie.

### **III. Zukunftchancen - Sozialer Fortschritt in Neuen Zeiten**

Wir wollen, dass sozialdemokratische Politik von allen Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit dem Begriff der „Zukunftschancen“ in Verbindung gebracht wird. Dabei geht es erstens um die ganz konkrete Vertretung der Interessen von Jugendlichen und einer Stärkung ihrer Chancen. Die einzelnen politischen Maßnahmen müssen sich aber zweitens auch einfügen eine neue sinnstiftende Philosophie sozialdemokratischer Politik. Es ist die Verbindung von Individualität und Modernität auf der einen und Sicherheit und Gerechtigkeit auf der anderen Seite, die wir als „Sozialdemokratie der nächsten Generation“ herstellen müssen. Das politische Projekt der Zukunft wird sich um die Frage drehen müssen, wie Demokratie, Lebensqualität und soziale Integration in einem veränderten Kapitalismus durchgesetzt werden können.

Den Kulturkampf zwischen den Anforderungen einer flexiblen Arbeitswelt und dem Anspruch ein schönes Leben zu führen und eine Familie zu haben macht jeder mit sich selber aus. Der Konflikt geht nicht nur durch die Gesellschaft, sondern durch jeden von uns. Wir erreichen eine neue Stufe der Individualisierung, die jeden zum "Manager seiner eigenen Biografie" macht. Die wenigsten aber sind in der Lage, dies individuell zu meistern. Unsere Sozialpolitik ist nach wie vor Ausdruck der Industriegesellschaft, der ungebrochenen Erwerbsbiografie und des männlichen Familienernährermodells. Auch lernen wir immer noch zu sehr für die Fabriken, Werkstätten und Büros der industriegesellschaftlichen Epoche. Eine Sozial- und Bildungspolitik der Zukunft muss stärker individuelle Lebenslagen berücksichtigen, Chancengleichheit ermöglichen und die Beschäftigungsfähigkeit des/ der Einzelnen sicherstellen.

#### **Unser Leitbild: Selbstbestimmte Flexibilität**

Unser Leitbild ist die selbstbestimmte Flexibilität. Selbstbestimmte Flexibilität bedeutet eine Abkehr vom männlich geprägten Normalarbeitsverhältnis der Nachkriegszeit und ermöglicht eine lebensphasenabhängige Ausgestaltung der Erwerbsarbeit. Das neue Teilzeitgesetz der Bundesregierung ist ein vernünftiger Schritt in diese Richtung; jedoch sind weitere Maßnahmen erforderlich, um die Vereinbarkeit von neuen Formen der Arbeit und Privatleben für beide Geschlechter zu ermöglichen. Je nach Lebenslage müssen selbstgewählte Formen der Arbeit möglich sein. So könnten sich für Paare die Leitbilder 2 Dreivierteljobs oder 2 Vollzeitstellen mit variablen Auszeiten durchsetzen.

Dies erfordert jedoch neben einer Neuausrichtung der Arbeitsmarkt-, Sozial- und Tarifpolitik auch einen Ausbau der sozialen Infrastruktur und die Abkehr von den konservierenden steuerrechtlichen Regelungen, die das überholte Modell der „male-breadwinner-family“ konservieren:

- Erforderlich ist der Ausbau der öffentlichen Kinderbetreuungseinrichtungen, v.a. auch für Kinder unter 3 Jahren.
- Wir streben eine flächendeckende Durchsetzung der Ganztagschule an.
- Die Steuervorteile des Ehegattensplitting müssen umgewandelt werden in die Förderung von Phasen der Kindererziehung.

Erforderlich ist ein erneuertes Sozialstaatsverständnis, das sich davon löst, in erster Linie monetäre Transferleistungen im Risikofall zu erbringen. Eine neue Arbeitsmarktpolitik muss den präventiven Charakter stärken und wesentliches Element einer zukünftigen Regulation der Arbeitsgesellschaft sein.

## **IV. Unsere Leitprojekte einer Politik für Zukunftschancen**

### **1. Jugend, Arbeit und Berufsorientierung**

Nach wie vor stellt die Arbeitslosigkeit von Jugendlichen eine große Herausforderung für die Politik dar. Während die Jugendarbeitslosigkeit im Westen im letzten Jahr um 3% gesunken ist, ist sie im Osten sogar um 4% gestiegen. Insgesamt sind 450.000 Jugendliche ohne Job, davon 167.000 in Ostdeutschland.

Mit dem JUMP-Programm der Bundesregierung wurde ein über die bereits bestehenden Maßnahmen des SGB III und vielfältige Programme der Länder hinaus gehender Ansatz zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit geschaffen. In den Jahren 1999 und 2000 wurden rund 270.000 Jugendliche gefördert. Allerdings ist es nur gelungen, ein Fünftel der Jugendlichen in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Der Charakter von JUMP ist es, gleiche Chancen durch Ausbesserung von Qualifikationsdefiziten zu schaffen, nicht neue Arbeitsplätze. Das Programm setzt nur an bestehenden Arbeitsmarktstrukturen an und versucht darauf aufzubauen.

Mit zahlreichen Maßnahmen zur Schaffung von (zu großen Teilen öffentlich finanzierten) Ausbildungsmaßnahmen hat sich das Problem zunehmend auf die so genannte „Zweite Schwelle“, verschoben. Zwar ist noch einiges zu tun, um das Ziel zu erreichen - vor allem in Ostdeutschland und in strukturschwachen Regionen Westdeutschlands - allen Jugendlichen ein auswahlfähiges Angebot an Ausbildungsplätzen zu garantieren. Dennoch ist das größere Problem: wir haben zu wenig Arbeitsplätze für Jugendliche.

### ***JUMP PLUS- Fortführung und Ergänzung des Programms gegen Jugendarbeitslosigkeit***

Wir setzen uns dafür ein, dass das JUMP-Programm auch über das Jahr 2003 hinaus fortgesetzt und verstetigt wird. Mittelfristig sollen die guten Ansätze des JUMP-Programms in ein reformiertes SGB III integriert werden. In der Neuauflage sollen die Mittel für Maßnahmen in den ostdeutschen Ländern nochmals aufgestockt werden. Demnach soll die Hälfte der Finanzmittel von JUMP in die neuen Bundesländer gehen.

Allerdings fordern wir gegenüber der bisherigen Ausgestaltung des JUMP eine entscheidende Erweiterung. Im Rahmen eines JUMP PLUS ist ein neuer Ansatz für Regionen mit strukturell verfestigter (Jugend-)Arbeitslosigkeit erforderlich.

Auf Basis der positiven Erfahrungen der französischen Regierung mit ihrem Jugend-Programm zur Schaffung neuer Arbeit im Dienstleistungsbereich, sollen Jugendlichen in Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit dauerhafte Arbeitsplätze angeboten werden. Wir halten eine zweite Säule des Sofortprogramms für erforderlich, die die Schaffung von 100.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen für Jugendliche in Beschäftigungsfeldern des gesellschaftlichen Bedarfs (Soziales, Kultur,

Umweltschutz etc.) vorsieht. Als Träger für solche Jobs kommen sowohl öffentliche, private als auch gemeinnützige Einrichtungen infrage. Die Bedarfe an zusätzlicher Arbeit sollten im regionalen Konsens definiert werden und privatwirtschaftliche Aktivitäten nicht verdrängen. Sie sollten ko-finanziert werden und auf die strukturpolitischen Bedarfe und Zielsetzungen der Region bezogen sein.

In Ostdeutschland könnte dieses neue Element eines JUMP PLUS verknüpft werden mit dem geforderten Kommunalen Infrastrukturprogramm (KIP).

Ein weiterer Bestandteil von JUMP PLUS sollte der Aufbau von lokalen Agenturen „Jugend in Arbeit“ in öffentlicher Trägerschaft sein. Sofern Jugendliche nicht in eine reguläre Beschäftigung vermittelt werden können, sind sie voll sozialversicherungspflichtig bei der Agentur beschäftigt. Dabei geht es darum, frustrierende Maßnahmenkarrieren zu verhindern und ihnen eine „erwerbsähnliche Lebenssituation“ zu ermöglichen. Die Förder- und Qualifizierungsmaßnahmen für Jugendliche sollen in die Beschäftigung bei der Agentur integriert und mit Betriebspraktika o.ä. verzahnt werden. Ziel ist es, Jugendliche in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren.

### ***Integrierte Lebenslaufberatung***

Die Notwendigkeit für Jugendliche, bereits während der Schulzeit eine individuelle Strategie zur Entfaltung der eigenen Stärken und der Organisation der späteren Berufsbiografie zu entwickeln, nimmt erheblich zu. Immer weniger taugt die Biografie der Eltern als Wegweiser für das eigene Leben. Während in bürgerlichen Milieus die Fähigkeit sich flexibel auf neue Anforderungen einstellen zu können eingeübt wird, gilt dies für andere Teile der Gesellschaft nicht. Nach wie vor spiegeln die Berufswahlwünsche von jungen Frauen (v.a. Friseurin) und jungen Männern (v.a. KfZ-Mechaniker) nicht die Vielfalt der modernen Arbeitswelt wieder.

Die Schulen sind auf diese neue Anforderungen nicht vorbereitet. Sie sind nicht hinreichend in der Lage, Schülerinnen und Schüler auf die Anforderungen der Arbeitswelt vorzubereiten. Ein erhebliches Problem ist die Trennung von Schule, Berufsberatung, Jugendhilfe und der Arbeitsmarktpolitik. Die unterschiedlichen Institutionen sind unzureichend miteinander vernetzt. Es muss uns gelingen, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in ihren Orientierungsphasen eine individuelle Beratung und Coaching aufbauend auf ihren Potenzialen zu organisieren.

Unser Prinzip lautet: wir wollen, dass Jugendliche ab der 8. Schulklasse den Anspruch auf eine „integrierte Lebenslaufberatung“ haben. Bei der „integrierten Lebenslaufberatung“ geht es erstens um eine regelmäßige Bewertung der individuellen Stärken und Schwächen. Zweitens sollen Jugendliche auf dieser Grundlage eine Beratung über die möglichen Berufsperspektiven in der Region sowie die vorhandenen öffentlichen Fördermöglichkeiten erhalten. Drittens soll die „integrierte Lebenslaufberatung“ eine Grundlage zur eigenverantwortlichen Gestaltung der eigenen Erwerbsbiografie darstellen. Im Zuge der „integrierten Lebenslaufberatung“ soll Jugendlichen nichts verordnet werden. Die Etappen einer Berufsbiografie sollen im engen Dialog zwischen Jugendlichen und BeraterInnen regelmäßig weiterentwickelt werden. Ein besonderer Schwerpunkt ist auf die Berufsberatung für junge Frauen zu legen. Es gilt sie zu ermutigen, auch Ausbildungen über die klassischen „Frauenberufe“ hinaus in Anspruch zu nehmen. Die Beratung soll Jugendlichen auch den Wechsel von Ausbildungen ermöglichen. Ausprobieren und Neuentscheidungen sind wichtige Elemente der Jugendphase - diese gilt es zu stärken.

- Alle Schulformen müssen sich stärker für die Arbeitswelt öffnen. Dabei geht es nicht um „Training for the job“, sondern auch darum, sich mit Wirtschaft und Arbeit kritisch auseinander setzen zu können. Wir wollen projektorientierte Unterrichtsformen ausbauen und mit Unternehmenspraktika etc. verzahnen. Sie müssen die wesentliche Anlaufstelle für SchülerInnen in Fragen der Berufs- und Lebenslaufberatung „aus einer Hand“ sein.
- Jugendliche brauchen mehr Beratung und Coaching beim Übergang von der Ausbildung in den Beruf. Zur besseren Integration von Jugendlichen in die Erwerbsarbeit sollte die Logik von Programmen wie „Jugend in Arbeit“ in NRW auch Eingang in die Arbeitsmarktpolitik des Bundes finden.

- Das Prinzip der individuellen Eingliederungspläne muss im Rahmen des Umbaus der Arbeitslosenversicherung zur Arbeitsversicherung Bestandteil einer aktivierenden Arbeitsmarktpolitik werden.
- Die „Lebensfahrpläne,“ sollen auch nach der Ausbildung weiter entwickelt werden und mit Ansprüchen der ArbeitnehmerInnen auf Qualifizierung verzahnt werden.

### ***Förderung von Mobilität***

Zu einer Politik, die die Beschäftigungsfähigkeit von Jugendlichen stärkt, gehört auch die Förderung von regionaler Mobilität. Ohne Zweifel steht der Suche nach Auszubildenden in einigen Regionen ein erheblicher Ausbildungsplatzmangel in anderen Regionen gegenüber. Wir begrüßen es, wenn Jugendliche dabei unterstützt werden, den Wohnort zu wechseln, z.B. um ihren Wunschberuf erlernen zu können. Allerdings hat die Förderung auf Basis der Mobilitätshilfen der Bundesregierung auch eine negative Seite: in Ostdeutschland verlässt ein Teil der motivierten Jugendlichen die Region und übrig bleiben vielfach die Problemgruppen. Damit wird diesen Regionen ein wichtiges Potenzial sowohl für Innovation als auch für den gesellschaftlichen Zusammenhalt entzogen. Um dem entgegenzuwirken halten wir folgende Forderungen für wesentlich:

- Das Lohngefälle zwischen Ost und West entzieht dem Osten wertvolles Potenzial. Es muss so schnell wie möglich aufgehoben werden.
- Die Mobilitätshilfe muß verzahnt werden mit qualifizierter Beratung und Coaching und soll in der bestehenden Form auf offensichtlich benachteiligte Jugendliche konzentriert werden.
- Für qualifizierte Jugendliche muß die Mobilitätsbeihilfe mit Anreizen zur Rückkehr verbunden werden. Ziel ist es, eine für die Regionen möglichst großen Nutzen aus den Mobilitätshilfen zu ziehen.
- Sinnvoll sind überregionale Ausbildungspartnerschaften zwischen Unternehmen.

### ***.Regional auswahlfähiges Angebot an Ausbildungsplätzen***

Nach den Informationen des aktuellen Berufsbildungsberichts 2001 haben im letzten Jahr 97% der Ausbildungsplatzsuchenden in den alten Ländern und 94% in den neuen Ländern einen Ausbildungsplatz erhalten. Damit ist das selbst gesteckte Ziel des „Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit,“ alle Jugendlichen mit einem Ausbildungsplatz zu versorgen, nicht erreicht worden. Wenn man berücksichtigt, dass viele Jugendliche die Suche nach einem Ausbildungsplatz aufgeben, dürften die Werte noch geringer sein. Von einem regional auswahlfähigen Angebot an Ausbildungsplätzen (d.h. die Zahl an Ausbildungsplätzen in der Region übersteigt die Zahl der BewerberInnen um 12,5%) sind wir weit entfernt.

Vor allem in weiten Teilen Ostdeutschlands sowie strukturschwachen bzw. vom Strukturwandel betroffenen Regionen im Westen haben wir eine erhebliche Lücke zwischen der Nachfrage und dem Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen. Diese Lücke wird nach wie vor durch ein hohes Maß an öffentlich ko-geförderten Maßnahmen gefüllt. Mit anderen Worten: zunehmend finanziert der Staat die Aufgaben der Wirtschaft.

Die wichtigste Politik für mehr Ausbildungsplätze ist der Aufbau von zukunftsfähigen Wirtschaftsstrukturen. Die Wirtschaftspolitik des Bundes muss in Zukunft stärker als bisher auf die Probleme aber auch Kompetenzen der Regionen konzentriert werden.

Nur 56% aller Betriebe sind ausbildungsberechtigt. Gerade kleine und mittlere Unternehmen haben oft nicht die Möglichkeiten auszubilden. Hier sind Instrumente wie Ausbildungsverbünde der richtige Weg, um sie in die Lage zu versetzen, Ausbildungsplätze anzubieten. Eine andere Möglichkeit ist die Einrichtung von Ausbildungsbetrieben im Rahmen öffentlich geförderter Beschäftigung.

Aber auch von den anderen 44% bilden nur die Hälfte aller Betriebe aus. Gleichzeitig brauchen wir daher ein Instrument, das den Anreiz für Unternehmen erhöht, Ausbildungsplätze bereit zu stellen. Wir Jusos halten daher an unserer Forderung nach einer Ausbildungsumlage für alle Unternehmen die nicht Ausbildungsplätze anbieten fest. Das Geld soll in einen Ausbildungsfonds fließen, aus dem Unternehmen die über Bedarf ausbilden, Ausbildungsverbände etc. gefördert werden.

## 2. Emanzipation und Beschäftigungsfähigkeit als Kernziele einer neuen Bildungsreform

Die aktuelle bildungspolitische Diskussion ist dadurch gekennzeichnet, dass es nicht hinreichend gelingt, das Spannungsverhältnis von Qualifizierung und Bildung, von Beschäftigungsfähigkeit und Emanzipation in konkreten Projekten produktiv aufzulösen. Aus unserer Sicht soll das Bildungssystem nicht nur für die Verwertung von Arbeitskraft im Wirtschaftsprozess qualifizieren. Es geht um die Herausbildung von emanzipierten und selbstbewußten Persönlichkeiten. Allerdings ist der Anspruch, die Kompetenzen für die Arbeitswelt von morgen zu erlernen bei Jugendlichen weit verbreitet. Nur wenn das öffentliche Bildungssystem mit dem technischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Modernisierungsprozess Schritt hält, kann es auch Einfluss auf die Gestaltung dieses Prozesses nehmen.

Die Notwendigkeit der Aneignung so genannter "Schlüsselkompetenzen" ist seit vielen Jahren ebenso Gegenstand der berufsbildungspolitischen Diskussion, wie die Betonung der Notwendigkeit eines "lebensbegleitenden Lernens" und die daraus resultierenden Reformbedarfe der Qualifizierungspolitik. Die an alle Beschäftigtengruppen gestellten erweiterten Anforderungen an fachliche aber auch überfachliche Qualifikationen erfordern eine Reorganisation des Verhältnisses von Erfahrungs- und Wissensqualifikation sowie von sozialer Qualifikation und Fachqualifikation, eine Neufassung des Verhältnisses von betrieblicher Erstausbildung und Weiterbildung und den Aufbau einer voraus schauenden potenzialorientierten Qualifizierungspolitik sowie die Verbindung von verstärkt externer Rekrutierung und ausgedehnter Einarbeitung.

Unzureichend berücksichtigt bleiben jedoch vielfach die sich aus neuen Formen der Arbeitskraftnutzung und veränderten Formen einer reflexiver werdenden Lebensführung ergebenden Anforderungen an die Erwerbstätigen. Je flexibler Arbeitsformen sind, desto größer werden die Anforderungen an inhaltliche, räumliche und zeitliche Selbstorganisation. Gerade in den dynamischen und innovativen Wirtschaftsbereichen hängt der Erfolg auf dem (Arbeits-)Markt in hohem Maße vom Einsatz des persönlichen sozialen und kulturellen Kapitals ab. Neben Know-How, bekommt das Know-Who wachsende Bedeutung. Erforderlich wird eine "Netzkompetenz" in dreifacher Hinsicht: es geht um den Umgang mit elektronischen Netzen, das Agieren in sozialen Netzen und das vernetzte Denken. Die Veränderungen der Arbeitswelten erfordert von der Bildung die Vermittlung neuer Kompetenzen:

- **Selbständigkeit und Engagement:** Durch die zunehmende Autonomie am Arbeitsplatz und im Arbeitsprozess wird es immer wichtiger, eigenständig Prozesse zu organisieren und Inhalte bzw. Basiswissen kreativ auf die vorliegende Arbeitssituation anwenden zu können. Dazu muss Bildung die Analyse- und Reflexionsfähigkeit fördern.
- **Reduktion komplexer Sachverhalte:** Die Komplexität der Tätigkeiten wird sich durch vernetztere Formen der Arbeit und Erweiterung der Handlungskompetenz vergrößern. Damit besteht auch die individuelle Anforderung, komplexe Sachverhalte auf für das jeweilige Arbeitsprojekt sinnvolle Art zu reduzieren.
- **Team- und Projektarbeit:** Allgemein lässt sich eine Zunahme von Team- und Projektarbeit feststellen. Damit ist es nicht Aufgabe der Bildung ein Meer an Individualisten zu erzeugen, sondern Zusammenarbeit und vernetztes Arbeiten zu fördern. In integrativen Projekten können Inhalte gemeinsam bearbeitet werden.
- **Präsentationsfähigkeit:** Die eigene Vorstellung, „das sich Verkaufen können,“ und die Präsentation von Erarbeitetem erlangt eine große Bedeutung. Hier sind schon früh Trainingsprogramme zu entwickeln, die Offenheit und Artikulationskompetenz fördern.

- **Infoability:** Das Internet ermöglicht den Zugang zu immer mehr Informationen. In Zukunft wird es von entscheidender Bedeutung sein, aus der Fülle von Informationen die wichtigsten herauszufiltern und in ihrem Gehalt zu bewerten. Der reflexive Umgang mit Information ist ausschlaggebend dafür, in welchem Maße flexibel auf Problemlagen reagiert werden kann.
- **Eduquality:** Der Weiterbildungsbedarf wird in Zukunft immer größer werden. Deshalb ist es besonders wichtig, schon früh die Fähigkeit zu individueller Weiterqualifizierung zu lehren. Jungen Menschen muss ein dynamischer Bauplan zur Verfügung gestellt werden, wie sie in Zukunft sinnvoll und effektiv den anfallenden Qualifizierungsbedarf decken und sich neue Tätigkeitsfelder erschließen können.

### **Reform der beruflichen Bildung**

Wir halten grundsätzlich am Dualen System der Berufsausbildung fest. Wir wollen es stärken, in dem wir benachteiligte Jugendliche in das System integrieren und wir es gleichzeitig auch für qualifizierte Jugendliche attraktiver machen. Das Duale System ermöglicht die Verbindung von Theorie und Praxis und garantiert den Erwerbstätigen eine überbetriebliche Verwertung ihrer Qualifikationen. Allerdings muss die Erneuerung und Modernisierung der Ausbildungsordnungen in Zukunft dynamischer ausgestaltet werden. Die Ausbilder und die Berufsschulen müssen in die Lage versetzt werden, diesen Neuordnungsprozess auch nachvollziehen zu können.

Am Beispiel der seit 1997 existierenden IT-Berufe zeigt sich, dass das Duale System auch für die "neue Arbeitswelt" geeignet ist. Zunehmend liegen die neuen Berufe jedoch quer zu den bisherigen Berufsbildern. Zukünftige Neuordnungsprozesse werden dem Rechnung tragen müssen. Wir halten die Schaffung neuer Berufe gerade in den modernen Dienstleistungsbereichen für erforderlich. Gleichzeitig sprechen wir uns dafür aus, die gegenwärtige Vielfalt der Berufe des Dualen Systems auf deutlich weniger Kernberufe zu reduzieren und im Rahmen von dreijährigen Ausbildungsgängen Spezialisierungen zuzulassen. Auch muss der Wahlbereich gestärkt werden.

In der Berufsschule soll Fächerunterricht zugunsten eines Projektunterrichts so weit wie möglich aufgelöst werden. Der Projektunterricht soll den Geschäftsprozess nachbilden, er soll v.a. auch die erwähnten Schlüsselqualifikationen in den Ausbildungsprozess integrieren. Für die Berufsschulen ist ein deutlicher Investitionsschub zur besseren materiellen Ausstattung erforderlich. In dem Maße wie Berufsbilder die bisherigen Grenzen verschwimmen lassen, stellt sich auch die Frage, ob die Einteilung in kaufmännische, technische etc. Schulen noch zukunftsfähig ist. Perspektivisch sind integrierte Berufsschulen erforderlich. Die Sekundarstufe II gilt es mittelfristig in Form eines doppelqualifizierenden Ausbildungsgangs weiter zu entwickeln. Ebenso soll Absolventen einer Ausbildung im Dualen System der Zugang zu den Hochschulen ermöglicht werden, um Bildungssackgassen zu vermeiden.

### **Regionale Bildungslandschaften**

Der Mangel in der Ausstattung des Bildungssystems und die Unfähigkeit der Institutionen flexibel auf den zunehmenden Qualifizierungsbedarf zu reagieren, führt immer mehr dazu, dass private Unternehmen versuchen, den Bildungsmarkt zu erobern. Beschäftigten bleibt daher oftmals nicht mehr die Möglichkeit auf kostenlose Fortbildungsmaßnahmen zurückzugreifen, so dass sie vor die Wahl gestellt sind, entweder viel Geld in ihre Qualifizierung zu stecken oder aber ihre Beschäftigungsfähigkeit zu verlieren und damit Nachteile auf dem Arbeitsmarkt zu erlangen.

Notwendig ist es daher durch sinnvolle Lernortkooperationen mit Unternehmen und Bildungseinrichtungen vor Ort, für die Beschäftigten Weiterbildungsmöglichkeiten zu schaffen, die den individuellen Qualifizierungsbedarf mit den regionalen Anforderungen des Arbeitsmarktes verknüpfen. Das unmittelbare Lernen im Betrieb in Kooperation mit weitergehenden Qualifikationen durch öffentliche Bildungsinstitutionen ist das Leitbild für regionale Bildungslandschaften.

Wir streben eine bessere regionale Verzahnung der unterschiedlichen Bildungseinrichtungen an. Die starre Trennung zwischen unterschiedlichen Schulformen kann durch regionale Kooperationsformen aufgelöst werden. Die Berufsschulen sollten sich zu regionalen Qualifizierungszentren weiterentwickeln. Die Weiterbildungsträger gilt es stärker zu vernetzen. Die Hochschulen sollten sich für die Weiterbildung öffnen. Jede Region soll einen „Qualifizierungsrat“ einrichten und regelmäßig sogenannte Qualifizierungsberichte vorlegen. Die regionale Qualifizierungspolitik soll auf Basis eines integrierten "Innovationsmanagements" enger mit der regionalen Struktur- und Arbeitsmarktpolitik verzahnt werden.

### ***Projektfinanzierung als erster Schritt zu einer qualitativen Hochschulreform***

Die Diskussion um die Reform der Hochschulfinanzierung wird gegenwärtig unter dem Vorzeichen der "nachgelagerten Outputmessung" diskutiert. Die Schiefelage dieser Perspektive erweist sich nicht nur in den Messungsproblemen qualitativer Bildungseffekte. Sie zwingt Einrichtungen mit schlechteren Ausgangsvoraussetzungen auf eine Abwärtsspirale, die Innovationspotenziale lähmt.

Die Perspektive für eine zukunftsorientierte Finanzierung, die tatsächlich Innovationspotentiale der Hochschulen freilegt heißt: Projektfinanzierung. Gemeint ist damit vor allem die Verteilung von Mitteln innerhalb der Universität. Dabei können Lehrende (und ggf. auch andere) sich mit Projektskizzen für Veranstaltungen etwa auf Fachbereichsebene um Mittel bewerben. Ein Teil der dem Fachbereich zugewiesenen Mittel können vor Ort auf vielversprechende Projekte verteilt werden. Zweierlei muss dabei berücksichtigt werden. Zum einen darf eine solche Projektfinanzierung nur als Ergänzung zu einer ausreichenden Basisausstattung verstanden werden. Andernfalls bewirkt sie ähnliche Effekte wie die Outputfinanzierung. Zum anderen steht eine ernstgemeinte Projektfinanzierung im Widerspruch zu den gegenwärtigen Mehrheitsverhältnissen an Hochschulen. Wo Professoren weiterhin allein über alles entscheiden dürfen, wird Innovation nur sehr eingeschränkt Einzug halten, womit ein Hauptziel dieser Neuorientierung verbaut wäre. Zudem fordert die Projektorientierung des Studiums eine teilweise Abkehr vom Bild des einsamen Gelehrten. Ein Projekt zu leiten fordert von einem Hochschullehrer, dass er sich als Moderator eines Prozesses versteht. Diese Ausrichtung muss bereits im Entscheidungsprozess greifen. Über die Rahmenvorgaben können Steuerungseffekte im Sinne übergeordneter Ziele der gesamten Hochschule erreicht werden. So wären etwa Projekte, die Forschung und Lehre in produktiver Weise verknüpfen, die die Gleichstellung der Geschlechter fördern, die Einbindung der Hochschule in ihre Region berücksichtigen oder besonders interdisziplinär angelegt sind, bevorzugt zu fördern.

Innerhalb eines unterfinanzierten Hochschulsystems ist natürlich die Wirksamkeit der neuen Projektorientierung begrenzt. Sie ersetzt also keinesfalls, dass die gesellschaftliche Wichtigkeit von Bildung auch ihre Entsprechung in der öffentlichen Verantwortung findet. Studierende, die die Mitarbeit an Projekten gelernt haben, konnten ebenso die Qualifikationen erwerben, die neuen Beschäftigungsanforderungen entsprechen, als auch im Bildungsfreiraum ihr Kritikpotential außerhalb direkter Verwertung entwickeln. Daher kann die Projektfinanzierung aber auch nur der Weg zum Ziel einer qualitativen Studienreform sein. Es bleibt also unabdingbar, dass die Inhalte des Studiums und sein Aufbau zusammen neu überdacht werden müssen

### **Fortsetzung der Reform der Ausbildungsförderung**

Wir begrüßen die Reform des BAföG, die zu einer deutlichen Erweiterung des Kreises der Geförderten führen wird: Die Anrechnung des Kindergeldes entfällt, die Freibeträge wurden angehoben, der Höchstsatz wurde auf 1.140 DM erhöht und gilt für Ost und West. Zudem wurde die Gesamtdarlehensbelastung auf maximal 20.000 DM begrenzt.

Allerdings hat die SPD vor der Bundestagswahl das Versprechen einer Strukturreform der Ausbildungsförderung formuliert. Grundlage war das so genannte Drei-Körbe-Modell, das allen Studierenden eine elternunabhängige Ausbildungsförderung auf Basis der Transferleistungen des Familienlastenausgleichs (v.a. Kindergeld) garantieren sollte. Dieses Modell wurde jedoch im Laufe der Legislaturperiode aufgegeben. Wir halten an diesem Modell fest.

## **Aufbau eines „Fonds für Zukunftschancen“**

In der Bundesrepublik ist die Ausweitung der Bildungsinvestitionen auf allen Ebenen erforderlich, um Innovation und Chancengleichheit gleichermaßen zu realisieren. Allerdings wird diese Ausweitung sich nicht um die Frage der Finanzierung drücken können.

Nach wie vor ist die Erbschaftssteuer in Deutschland unverschämt gering. Nach Schätzungen werden pro Jahr 400 Mrd. DM vererbt und verschenkt. Die Einnahmen für die Länder betragen aber gerade einmal 5,8 Mrd. DM in 2000 und 5,5 Mrd. in diesem Jahr. Damit liegen sie unterhalb der Einnahmen aus Branntwein- und Kaffeesteuer, die dem Fiskus zusammengenommen 6,3 Mrd. DM einbringen. Beim Kaffee mit Schuss kassiert der Staat demnach mehr ab, als bei der Weitergabe von Reichtum.

Über Erbschaften werden Chancen verteilt. Die Bundesregierung hat bislang jeden Mut vermissen lassen, hohe Vermögensübertragungen oberhalb des Gebrauchsvermögens stärker zu besteuern. Unser Vorschlag lautet weiterhin: jede zehnte vererbte Mark soll in einen „Fonds für Zukunftschancen“ fließen. Damit könnte Deutschland das modernste Bildungssystem der Welt aufbauen und gleichzeitig dem Ziel der Herstellung von Chancengleichheit einen großen Schritt näherkommen.

## **Internationalisierung der Bildung**

Das Beherrschen von anderen Sprachen aber vor allem auch das „Sich-in-anderen-Ländern-bewegen-können“ wird bereits heute eine wichtige Kompetenz. Wir wollen das Englisch bereits ab der Grundschule Einzug in den Unterricht erhält und den Status einer „zweiten Muttersprache“ erhält. Englischer Unterricht ist in allen Schulformen erforderlich.

Auslandsaufenthalte von deutschen SchülerInnen und Studierenden sind immer noch ein Privileg. Wir wollen, dass mittelfristig alle deutschen SchülerInnen und Studierenden die Möglichkeit auf einen hinreichend geförderten Aufenthalt in Schulen und Hochschulen anderer Länder erhalten.

## **3. Access - Zugänge in die Informationsgesellschaft**

Der Umgang mit modernen Informations- und Kommunikationstechnologien wird in Zukunft eine Schlüsselkompetenz sein. Ebenso wird der Zugang bzw. Die Nutzungsmöglichkeit dieser Technologien eine Voraussetzung für die Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Leben sein. Es gilt also, der drohenden „digital divide“, der Spaltung der Gesellschaft in Internet-User und Internet-Looser entgegenzuwirken.

Mit der weiteren Bedeutungszunahme von Internet und digitaler Technik bedeutet eine Ausgrenzung vom Netz auch eine mangelnde Teilhabe an wichtigen Informationen und den Ausschluss von der Möglichkeit diese schnell und problemlos zu beschaffen. Beschaffung von politischer Information hängt schon heute ganz entscheidend davon ab, wie es verstanden wird, mit dem Netz und deren Flut an Seiten umzugehen. Die Entwicklung kritischer Medienkompetenz ist wichtiger denn je. *Wer* Informationen erzeugt und *wer was* in die Netze einspeist, kann zu einem politischen Machtfaktor werden. Auch der *realistische* Umgang mit elementaren Hilfsmitteln wie Suchmaschinen ist eine Vermittlungsaufgabe, die Bildung zu leisten hat.

## **Öffentliche Zentren des Wissens**

Die Nutzung von Internet und Computern wird in öffentlichen Räumen meist von privaten Internet-Cafés - oft nicht kostengünstig - zur Verfügung gestellt. Öffentliche Institutionen haben es lange verschlafen, wirklich offene Zugänge zu „virtuellen Welten“ zu ermöglichen. Erst langsam erhalten Computer und Internet Einzug in die öffentlichen Bibliotheken und Jugendzentren. Nicht nur hier sind Kommunen auch aus Sicht der kommunalen Arbeitsmarktpolitik gefragt, den Interessen junger Menschen nach der Nutzung neuer Medien nachzukommen und - wie es die EU-

Kommission vorgeschlagen hat - „öffentliche Zentren des Wissens,, anzubieten. In Ihnen soll neben der Technik auch qualitative Beratung zur Verfügung gestellt werden. Geschlechtsspezifisch unterschiedlicher Umgang mit neuen Medien ist dabei zu berücksichtigen. Hier ist das durch das Bundesfamilienministerium geförderte Programm „Netgeneration,, ein erster Schritt zu einer qualitativen Auseinandersetzung der Jugendarbeit mit den neuen Medien.

### **Zugänge in den Schulen durch Public-Private-Partnership organisieren**

Zugänge zu Internet und Computer zu organisieren, bedeutet ökonomische Innovationsfähigkeit mit Gleichberechtigung zu verknüpfen und gesellschaftlich abzusichern. Angesichts der strukturellen Haushaltsdefizite insbesondere der Kommunen und der Länder erscheint es daher sinnvoll einen Transfermechanismus zwischen gesellschaftlichen und privaten Interessen herzustellen. Im Rahmen Public-Private-Partnership könnten öffentliche Träger von Schulen und Jugendeinrichtungen Verträge mit Unternehmen schließen, die sich verpflichten öffentliche Räume mit Hardware, Software auf dem aktuellen Entwicklungsstand auszustatten und den Zugang zum Netz zu ermöglichen. Damit werden Unternehmen einen qualifizierten Werbeeffekt erreichen, während gleichzeitig öffentliche Einrichtungen an neuester Entwicklung und Dienstleistung teilhaben. Der Staat kann unter den günstigsten Anbietern auswählen und die Unternehmen dazu anhalten, technische Neuigkeiten unverzüglich in öffentlichen Räumen zu installieren.

### **Bildung und Internet**

Internet in der Bildung ist jedoch nicht nur eine Frage der technischen Ausstattung und des Netzzugangs. Daher gehen öffentlichkeitswirksame Initiativen wie „Schulen ans Netz,, nicht weit genug. Es ist kein unmittelbarer qualitativer Unterschied, ob die Schulaufgaben am Computer oder herkömmlich auf Papier bearbeitet werden. Auch der Besuch im Informatikraum einmal monatlich macht noch nicht eine Informatisierung der Bildung aus. Vielmehr sind Medienkompetenzen in den Unterricht einzubeziehen. Das bedeutet, den klassischen Erzieher- und Frontalunterricht zu einem projektorientierten, diskursiven und experimentellen Unterricht umzubauen, der von Lehrenden mehr Moderation verlangt und den Lernenden größere Eigenständigkeit und Steuerungskompetenz einräumt. Die Initiative „BeNet,, der Bundesregierung ist hier ein erster Schritt zur Erweiterung netzbasierter Lernangebote. Neben einer medienpädagogischen Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer ist eine größere Vernetzung von Lerninhalten und eine Integration von praktischen Elementen in den allgemeinbildenden Unterricht vonnöten, da erst so eine wirklich anschauliche Vermittlung der Lerninhalte ermöglicht wird.

## **4. Arbeitsversicherung**

Der Strukturwandel der Arbeitsgesellschaft erfordert eine neue Arbeitsmarktpolitik. Unser Vorschlag lautet, die bisherige Arbeitslosenversicherung in eine "Arbeitsversicherung" umzuwandeln. Sie soll nicht erst dann Leistungen erbringen, wenn der Risikofall (drohende) Erwerbslosigkeit eingetreten ist, sondern die Erwerbstätigen erwerben mit ihren Leistungen individuelle Ansprüche, z. B. an Phasen kürzerer Arbeitszeit oder Qualifizierung, die sie während der Erwerbstätigkeit oder in Übergangsphasen einlösen können.

Angesichts eines beschleunigten Strukturwandels wird es in Zukunft immer weniger darum gehen können, die Sicherung eines bestehenden Arbeitsplatzes zu garantieren. Selbstverständlich kann es nicht Ziel sein, eine Logik des Heuerns und Feuerns zu befördern und müssen prekäre Formen der Arbeit verhindert werden. Dennoch wird die Tendenz zur Auflösung von Großstrukturen zu einer Fragmentierung von Erwerbsbiografien und Zunahme von Übergängen zwischen unterschiedlichen Formen der Erwerbsarbeit und Nichterwerbsarbeit führen. Immer wichtiger wird es daher, die *Beschäftigungsfähigkeit* der/des Einzelnen durch Weiterbildung, qualifizierte Beratung etc. sicherzustellen. Dies gilt im Zuge der demografischen Entwicklung auch im Hinblick auf ältere ArbeitnehmerInnen. Diese entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit aber auch mit ihren wichtigen Erfahrungen in den Arbeitsmarkt zu integrieren, ist eine wichtige Zukunftsaufgabe.

Wenn das bisherige Normalarbeitsverhältnis immer weniger Gültigkeit besitzt, löst sich auch das damit verbundene Arrangement von Sicherheitsstandards auf. Erforderlich ist daher eine Konzeption, die Flexibilisierungen - vor allem solche, die im Interesse der Erwerbstätigen sind - zulässt, aber neue Sicherheiten bietet. Vor allem geht es um die Realisierung einer *Brückenfunktion an Arbeitsmarkt-Übergängen*.

Im Rahmen einer von der rot-grünen Regierung geplanten Novellierung des Sozialgesetzbuch III (früher AFG) wäre es angebracht, die Reparatur- und Umbauarbeiten an der Arbeitsmarktpolitik durch einen Neubau zu ersetzen. Grundsätzlich ist die Arbeitsversicherung nicht als einzelnes Instrument, sondern als neues *Steuerungsmodell* anzusehen, das bewährte alte und erforderliche neue Instrumente bündelt. Folgende *Prinzipien* sollen für die Arbeitsversicherung gelten:

- Die Arbeitsmarktpolitik bekommt den expliziten Auftrag, am Erreichen des *Vollbeschäftigungsziels* mitzuwirken. Sie versteht sich nicht als Ersatz für eine makroökonomische und nachfrageorientierte Beschäftigungspolitik, sondern als deren Ergänzung; demnach müsste ähnlich wie 1967 auch ein Stabilitäts- und Wachstumsgesetz für den flexiblen Kapitalismus entwickelt werden.
- Ebenso zentral ist das Ziel der *Gleichstellung der Geschlechter*. Um dieses zu realisieren, kann nicht die männliche Erwerbsbiografie auf die Frauen übertragen werden. Erforderlich ist eine "Vollbeschäftigung neuen Typs".
- Der Grundsatz des *Vorrangs aktiver vor passiven Leistungen* und damit der *Finanzierung von Arbeit statt Arbeitslosigkeit* wird konsequent umgesetzt. Die Vielzahl von einzelnen Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik soll im Ansatz der Arbeitsversicherung systematisiert, verstetigt und gebündelt werden. Erforderlich sind die Förderketten, die die Beschäftigungsfähigkeit des/der Einzelnen stärken. Im Rahmen von Eingliederungsplänen ist vor allem der Aspekt des Coaching zu stärken.
- Erwerbstätige können auch ohne akute Bedrohung durch Arbeitslosigkeit Leistungen aus der Arbeitsversicherung in Anspruch nehmen. Die Arbeitsversicherung erhält somit eine *lebensbegleitende, aktivierende Funktion*. Vor allem sollen für Beschäftigte *Optionen* geschaffen werden. Für Arbeitslose gibt es einen *Rechtsanspruch auf arbeitsmarktpolitische Integration auf Basis eines individuellen Förderplans* spätestens ab 3 Monaten Arbeitslosigkeit.
- Die Arbeitsversicherung wird zur *Erwerbstätigenversicherung* ausgestaltet, d.h. auch BeamtInnen und Selbstständige werden mit einbezogen. Damit wird nicht nur dem Solidaritätsgedanken Rechnung getragen, sondern auch die biografische Kontinuität sozialer Sicherung gewährleistet.
- Die Bundesanstalt für Arbeit muss ihren Charakter als Dienstleistungsbehörde stärken. Dabei geht es auch um einen Abbau der Regelungswut im SGB III und eine Stärkung der Selbstverwaltung der BA und der dezentralen Arbeitsämter.

### **Steuerung des Arbeitsangebots und öffentliche Flankierung von Arbeitszeitverkürzungen**

Ohne eine deutliche Reduzierung der Arbeitszeiten werden gegenwärtig weder die Überwindung der Massenarbeitslosigkeit, noch die gleichberechtigte Verteilung von Erwerbs- und Reproduktionsarbeit auf beide Geschlechter zu realisieren sein. Eine arbeitsmarktpolitische "Angebotssteuerung" muss daher in enger Verzahnung mit der Tarifpolitik einen aktiven Beitrag dazu leisten, das auf dem Markt vorhandene Angebot an Arbeit mit der bestehenden Nachfrage abzugleichen.

Aus arbeitsmarkt- und gleichstellungspolitischen Gründen macht es Sinn, Anreize für freiwillige Formen von Teilzeit sowie den übergangsweisen Ausstieg aus dem Erwerbsleben (Erziehungsphasen, Sabbaticals, Weiterbildung) zu schaffen. Gerade für die zeitlich und räumlich flexibel Erwerbstätigen können längere "Auszeiten" die sinnvollere Option sein, als die schematische Verkürzung der Wochenarbeitszeit. Damit wird dem Anspruch, Arbeitszeitflexibilisierung, Arbeitszeitsouveränität und Angebotssteuerung strategisch zu verzahnen aber noch nicht Rechnung getragen. Erforderlich sind:

- Erstens: differenzierte Formen der Wochen-, Jahres-, und Lebensarbeitszeitverkürzung, die vor allem Arbeitszeitsouveränität der Beschäftigten ermöglichen.

- Zweitens: die intelligente Kombination ("Deals") von gesetzlichen Maßnahmen, tariflicher Politik, betrieblichen Vereinbarungen und einer arbeitsmarktpolitischen Förderung von Arbeitszeitverkürzungen durch Rechtsansprüche und gezielte Anreize.

Auf Basis der Erfahrungen mit den beispielsweise in Frankreich erprobten Modellen ließe sich überlegen, wie individuelle, betriebliche und tarifliche Arbeitszeitverkürzungen in Verbindung mit Neueinstellungen mit Hilfe von Mitteln der BA finanziell so flankiert werden können, dass Lohneinbußen für die ArbeitnehmerInnen ausbleiben oder zumindest abgemildert werden.

Ein Schritt in diese Richtung sind Modelle der *Job Rotation*, bei denen es zu einem "Deal" zwischen Beschäftigten, Unternehmen, Arbeitslosen und dem Staat kommt. Während die Beschäftigten (überwiegend) auf Kosten ihres Betriebes längere Weiterbildungsphasen in Anspruch nehmen können, finanziert der Staat die befristete Einstellung von Arbeitslosen auf dem freiwerdenden Platz. *Job Rotation* ist damit nicht nur ein Modell der Arbeitsumverteilung, sondern auch der Qualifizierung von ArbeitnehmerInnen und somit auch Gegenstand des nächsten Regelungskreises. Weniger das konkrete Modell, als vielmehr die *Job Rotation* zugrundeliegende Logik bildet den Kern der Arbeitsversicherung.

Auch bei individuellen Arbeitszeitverkürzungen, die gesellschaftlich nützlichen Aufgaben dienen, ist über die öffentliche Unterstützung nachzudenken. So könnte das Erziehungsgeld in ein Teil-Arbeitslosengeld umgewandelt werden.

## **Employability und Lebensbegleitendes Lernen**

Arbeitsmarktpolitik wird in Zukunft auch gleichzeitig Innovationsförderung sein müssen - und zwar in zweierlei Hinsicht: für die Volkswirtschaft und die Beschäftigten. An der Debatte um den bereits akuten Fachkräftebedarf in der IT-Branche wird deutlich, dass die Mismatch-Arbeitslosigkeit zunimmt, d.h. den einerseits hohen Arbeitslosenzahlen gleichzeitig viele unbesetzte Stellen gegenüber stehen. Daher ist zu diskutieren, ob sich wandelnde Anforderungen an die Qualifikationen der Beschäftigten im Rahmen einer umfassenden Innovationsstrategie nicht einen neuen Anspruch an öffentlich ko-geförderte Weiterbildung begründen. Berufliche Weiterbildung muss gerade deswegen im Rahmen einer aktiven und präventiven Arbeitsmarktpolitik auch von nicht von Arbeitslosigkeit bedrohten Beschäftigten in Anspruch genommen werden können.

Alle Erwerbstätigen erhalten - ebenso wie Erwerbslose im Rahmen von individuellen Förderplänen - einen Anspruch auf Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung. Jeder Erwerbstätige enthält ein individuelles Qualifizierungskonto, über das er verfügen kann.

Die Arbeitsversicherung setzt hier einen Rahmen, der durch tarifliche und betriebliche Vereinbarungen ausgestaltet werden kann. Anzustreben ist, dass die Weiterbildung im Rahmen von Job Rotation mit Neueinstellungen verzahnt wird.

Zu einer Politik, die die Employability von Beschäftigten stärkt, muss aber noch mehr gehören. Ebenso wichtig ist eine Weiterentwicklung der *Berufsberatung*, z.B. durch ein Anrecht aller Beschäftigten, professionelle Unterstützung zur Entwicklung individueller Strategien und Förderpläne für die eigene Erwerbsbiografie in Anspruch nehmen zu können.

Ebenso gehört zur Employability auch eine stärkere *Verzahnung der Arbeitsmarktpolitik mit der Existenzgründungsförderung* bzw. den Anforderungen der "Neuen Selbstständigkeit". Zwar können arbeitslose Existenzgründer ein Überbrückungsgeld für sechs Monate erhalten. Damit bleiben aber viele Bedarfe gerade der kleinen Selbstständigen im Hinblick auf Beratung, Qualifizierung, Personalbedarf in der Gründungsphase u.a. unberücksichtigt .

## **Verzahnung von Beschäftigungs- und Strukturförderung**

Die bislang skizzierten Maßnahmen können gerade in strukturschwachen Regionen keinen Beitrag zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit leisten. Auch die Professionalisierung der

bislang überwiegend von Frauen geleisteten Reproduktionsarbeit erfordert neue gesellschaftliche Organisationsformen. Soll eine Spaltung des Arbeitsmarktes durch die Verlagerung bestimmter Dienstleistungstätigkeiten in einen Billiglohnsektor vermieden werden, sind dauerhafte öffentliche Ko-Finanzierungsformen unabdingbar. Vor allem in den altindustriellen Krisenregionen im Westen sowie in weiten Teilen Ostdeutschlands gibt es mittelfristig zur öffentlich geförderten Beschäftigung keine Alternative.

Zudem besteht die Herausforderung, arbeitsmarktpolitische Risikogruppen wie Geringqualifizierte und Langzeitarbeitslose in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Der so genannte Zweite Arbeitsmarkt war immer als Brücke in den ersten Arbeitsmarkt konzipiert. Längst hat sich angesichts der Massenarbeitslosigkeit ein chaotischer öffentlich geförderter Beschäftigungssektor herausgebildet. Das SGB III sieht v.a. *Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen* und *Strukturanpassungsmaßnahmen* vor. Zum Teil werden auch die Mittel für *Sozialplanmaßnahmen* im Rahmen von *Beschäftigungsgesellschaften* oder die *Freie Förderung* von den Arbeitsämtern für solche Zwecke genutzt. Weitere Ansätze von EU, Ländern und Kommunen sehen beispielsweise die Förderung von Dienstleistungspools, Sozialen (Wirtschafts-)Betrieben bzw. Arbeitsförderbetrieben oder "Arbeit statt Sozialhilfe" vor. Was jedoch fehlt, ist die Bereitschaft, den chaotischen Zweiten Arbeitsmarkt im Rahmen eines *öffentlich geförderten Beschäftigungssektors* auf eine neue Grundlage zu stellen, in den sich der bunte Mix an regionalen Projekten einfügen kann.

Gleichwohl kann es nicht darum gehen, irgendwelche Beschäftigung zu fördern, sondern es gilt, Beschäftigungs- und Strukturförderung miteinander zu verzahnen und die Mittel im Rahmen einer auf die regionale Binnenwirtschaft bezogenen "zweiten Säule der Strukturpolitik" so produktiv wie möglich zu nutzen.

## **V. Zukunftschancen - der Kern der Juso-Politik der nächsten Jahre**

Wir Jusos werden unsere Forderung für bessere Zukunftschancen für die junge Generation ins Zentrum unsere Arbeit stellen.

Wir werden im Rahmen der SPD-Jugendinitiative auf allen Ebenen der SPD die Diskussion über Jugend, Arbeit und Bildung einfordern und unsere Positionen einbringen.

Wir werden unsere Positionen auf dem kommenden Bundesparteitag in die Debatte einbringen.

Wir wollen für unsere Positionen im Rahmen des Bundestagswahlkampfes 2002 werben.

Schließlich werden wir unsere Anliegen auch im Rahmen der Debatte um ein neues Grundsatzprogramm der SPD vertreten.